

*Der britische Journalist Finian Cunningham glaubt, dass die erpresserische Machtpolitik der Trump-Regierung zwangsläufig zu einer Annäherung Europas an Russland, China und den Iran führen wird.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 071/18 – 30.05.18**

## **Die egoistischen Diktate der USA zwingen Europa dazu, seine Beziehungen zu Russland, China und dem Iran zu verbessern**

Von Finian Cunningham  
RT.com, 21.05.18

( <https://www.rt.com/op-ed/427323-putin-merkel-flowers-us-orders/> )

Der herzliche Empfang, den der russische Präsident Wladimir Putin der deutschen Kanzlerin Angela Merkel am Freitag letzter Woche in Sotschi bereitete, hob sich wohltuend von dem fleghaften Umgang Washingtons mit seinen europäischen Verbündeten ab.

Auch die Sonne schien, als Putin in seiner Sommerresidenz am Schwarzen Meer die deutsche Kanzlerin mit einem Lächeln und einem Rosenstrauß begrüßte. Nach ersten Gesprächen erklärten beide vor Reportern, zur Lösung verschiedener internationaler Probleme – der Ukraine-Krise, des Konfliktes in Syrien und der Meinungsverschiedenheiten über das Atomabkommen mit dem Iran – sei es notwendig, den Dialog und die Zusammenarbeit (zwischen Russland und der Bundesrepublik Deutschland ) zu verbessern.



Flower Power  
(Foto: Sergey Guneev / Sputnik)

Nur drei Tage vor Frau Merkels Besuch in Sotschi brüskierte die US-Regierung ihre langjährigen europäischen Verbündeten erneut. Kurt Volker, der US-Botschafter in der Ukraine, verkündete auf der von Kiew kontrollierten Seite der Konfliktzone im Donbass, bei der Rückeroberung der Regionen Donezk und Lugansk, die sich zu eigenständigen Republiken erklärt haben, würden die USA der Ukraine militärische Unterstützung leisten.

Der Botschafter teilte außerdem mit, auch Präsident Donald Trump und Verteidigungsminister James Mattis teilten die politischen Ansichten der Ukraine.

Die brüske Botschaft Volkers ist kennzeichnend für die Rolle, die Washington auch bisher schon in dem vierjährigen Ukraine-Konflikt gespielt hat. Die USA haben alle Versuche des Kiewer Regimes, Donezk und Lugansk wieder einzugliedern, mitgetragen. Die beiden Republiken im Osten der Ukraine hatten nach dem Sturz der gewählten ukrainischen Regierung im Februar 2014, der von US-finanzierten Splittergruppen durchgeführt worden war, ihre Unabhängigkeit erklärt. Die an die Macht gehievt Putschisten verfolgen eine anti-russische, neofaschistische Politik, die von den ethnischen Russen im Donbass abgelehnt wird.

Washington hat letzten Monat erstmals Kriegswaffen in die Ukraine geliefert und damit eindeutig gegen das Minsker Friedensabkommen verstoßen, das 2015 unter dem so ge-

nannten Normandie-Format (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Normandie-Format> ) von Vermittlern aus Russland, Deutschland und Frankreich mit der Ukraine ausgehandelt worden war.

In Sotschi haben Kanzlerin Merkel und Präsident Putin erneut die Bedeutung des Minsker Abkommens hervorgehoben und betont, dass es unbedingt eingehalten werden müsse.

Washington hat durch die Verletzung dieses Abkommens seine europäischen Verbündeten und besonders Deutschland und Frankreich bewusst provoziert.

Wenige Stunden bevor Frau Merkel in Sotschi eintraf, wurde die Waffenruhe entlang der Kontrolllinie im Donbass gleich mehrfach gebrochen – und zwar von den mit US-Waffen belieferten Streitkräften Kiews.

Sicher fühlte sich Kiew durch die Lieferung von US-Kriegswaffen und die von dem US-Botschafter versprochene Unterstützung bei der Wiedereingliederung der abtrünnigen Republiken dazu ermutigt, Frau Merkel und Herrn Putin vor ihrem Treffen eine Botschaft zu senden. Sie lautet: Minsk und weitere Friedensgespräche könnt ihr vergessen.

Es ist auch anzunehmen, dass die US-Regierung dem Kiewer Regime stillschweigend grünes Licht für gewaltsame Provokationen anlässlich des Merkel-Besuches in Sotschi gegeben hat. Während Merkel mit Russland über die Fortsetzung des Normandie-Formates verhandelt hat, verschärfte Washington seinen aggressiven Kurs.

Moskau hatte Washington vor der Lieferung von Panzerabwehrraketen des Typs Javlin (s. <https://www.stern.de/digital/technik/javelin---diese-us-raketen-fuerchten-die-pro-russischen-separatisten-7802858.html> ) nach Kiew gewarnt, weil es genau die Verletzungen der Waffenruhe befürchtet hat, zu denen es jetzt gekommen ist.



Grafik entnommen aus Wikipedia

Herr Putin und Frau Merkel haben auch betont, dass sie weiterhin beim Bau der Gas-Pipeline Nord Stream 2 (s. <https://www.nord-stream2.com/de/> und [https://de.wikipedia.org/wiki/Nord\\_Stream](https://de.wikipedia.org/wiki/Nord_Stream) ) zusammenarbeiten wollen, durch die russisches Erdgas über Deutschland nach Westeuropa fließen soll. Durch die 11 Milliarden Dollar kostende, insgesamt 1.222 km lange, durch die Ostsee verlegte Pipeline sollen sich die russischen Gaslieferungen ab 2019 verdoppeln. Die Pipeline wird von Russland und Deutschland gemeinsam mit Energiekonzernen aus weiteren europäischen Staaten finanziert.

Beide Staaten wollen sich außerdem gemeinsam dafür einsetzen, dass das Atomabkommen mit dem Iran, das 2015 von den Vereinten Nationen ratifiziert wurde, auch nach dem Anfang Mai erfolgten Ausscheiden der Trump-Regierung eingehalten wird.

Beide Staaten wollen sich außerdem gemeinsam dafür einsetzen, dass das Atomabkommen mit dem Iran, das 2015 von den Vereinten Nationen ratifiziert wurde, auch nach dem Anfang Mai erfolgten Ausscheiden der Trump-Regierung eingehalten wird.

Auch in diesen beiden Bereichen setzt Washington die transatlantischen Beziehungen aufs Spiel. Während Frau Merkel in Sotschi weilte, hat Washington Russland und Deutschland mit Sanktionen gedroht, falls sie an dem Projekt Nord Stream 2 festhalten. Die USA haben ja bereits Sanktionen gegen Russland verhängt – "aus Gründen der Staatssicherheit", weil die Russen sich in die Präsidentenwahlen im Jahr 2016 eingemischt haben sollen, und wegen der Krise in der Ukraine, für die (zu Unrecht) ebenfalls die Russen verantwortlich gemacht werden.

Die Trump-Regierung hat auch europäischen Firmen und Banken sekundäre Sanktionen für den Fall angedroht, dass sie die Geschäfte mit dem Iran fortführen, die im Joint Comprehensive Plan of Action / JCPOA – so heißt das Atomabkommen mit dem Iran offiziell – vorgesehen sind.

Nach Trumps Ausstieg aus dem JCPOA werden auch wieder US-Sanktionen gegen den Iran verhängt, obwohl sie ausgesetzt worden waren, als die Obama-Regierung das Abkommen unterzeichnet hat. Wenn Trump europäische Unternehmen tatsächlich mit sekundären Sanktionen belegt, könnte das die Europäer durch entgangene Investitionen und Handelsgeschäfte Milliarden Dollar kosten.

Der sich verschärfende Streit zwischen den USA ist bereits früher entstanden, weil Trump auch schon das Pariser Klimaabkommen aufgekündigt, Strafzölle gegen europäische Produkte angedroht und die Erhöhung der NATO-Beiträge gefordert hat.

Die Taktik der USA zielt darauf ab, ihren europäischen Partnern die strategischen Prioritäten Washingtons aufzuzwingen. Mit US-Sanktionen sollen sie erpresst werden, damit sie sich den US-Wirtschaftsinteressen unterordnen.

Das wird besonders bei dem Projekt Nord Stream 2 deutlich. Die USA wollen Russland, den größten Gaslieferanten, aus dem großen europäischen Energiemarkt verdrängen (um Abnehmer für ihr verflüssigtes Fracking-Gas zu gewinnen, s. [http://luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP07014\\_140414.pdf](http://luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07014_140414.pdf)). Weil (das noch nicht einmal in ausreichender Menge vorhandene) US-Gas 20 bis 30 Prozent mehr kosten würde als das russische Gas, sollen die Europäer mit Vorwänden und Sanktionen zu diesem für sie sehr unvorteilhaften Umstieg gezwungen werden. Der höhere Preis des US-Gases würde außerdem die Inflation anheizen (und den Euro schwächen).

Den Europäern steht wegen der neuen geopolitischen Entwicklungen ein harter Lernprozess bevor. Ihre Unterordnung unter die Politik Washingtons in der Ukraine-Krise und bei der Verhängung der von den USA geforderten Sanktionen gegen Russland haben sie schon teuer bezahlen müssen. Beim Rückgang der Exporte und den dadurch verlorengegangenen Jobs war Europa der größte Verlierer.

Die Beziehungen zwischen Europa und Russland sind auch wegen des NATO-Aufmarsches an den russischen Grenzen auf einen gefährlichen Tiefstand gesunken. Wenn es zu einem Krieg käme, hätte das vor allem für Europa katastrophale Folgen.

Die arrogante Missachtung europäischer Interessen durch Washington war nie deutlicher. Die Sanktionen, die europäischen Firmen drohen, wenn sie die in dem Atomabkommen mit den Iran vorgesehenen Geschäfte machen wollen, und die Gefährdung der regionalen Sicherheit sind nur zwei Beispiele dafür, wie rücksichtslos Washington mit seinen bisherigen Verbündeten umgeht.

Wenn Frau Merkel, die Kanzlerin der stärksten Wirtschaftsmacht Europas, Putin einen Freundschaftsbesuch abstattet, mischt sich Washington sofort ein, um Gespräche über eine engere Zusammenarbeit bei der Lösung der Ukraine-Krise oder der Sicherung der Energieversorgung Europas zu behindern.

Europa muss endlich lernen, dass ihm freundliche Beziehungen zu Russland viel mehr zu bieten haben, als die Unterordnung unter die egoistische, antirussische Politik der USA.

Das weiß man zwar schon lange, aber die Umorientierung ist dringlicher denn je und kann nicht länger aufgeschoben werden, weil Washingtons erpresserische Politik die wirtschaft-

liche und politische Sicherheit der Europäer zunehmend gefährdet. Den egoistischen Diktator Washingtons muss Europa mit größerer Unabhängigkeit und besseren, das heißt normalen Beziehungen zu Russland, China und dem Iran entgegentreten.

Einige Zyniker in westlichen Medien haben sich über Herrn Putins Rosenstrauß für Frau Merkel lustig gemacht und darin eine Geste der Herablassung gesehen. Wie krank müssen diese Typen sein? Was gibt es an einer menschlichen Geste, die Respekt ausdrückt, zu kritisieren? US-Politiker scheinen dazu nicht fähig zu sein. Sie können wohl nur herrische Befehle erteilen.

*Der Brite Finian Cunningham ist 1963 geboren und hat schon viele Artikel über internationale Angelegenheiten in mehreren Sprachen veröffentlicht. Er stammt aus Belfast in Nordirland, ist Master der Agrarchemie und war als wissenschaftlicher Redakteur für die Royal Society of Chemistry in Cambridge, England, tätig, bevor er Zeitungsjournalist wurde. Mehr als 20 Jahre lang hat er als Redakteur und Autor für Mainstream-Medien wie The Mirror, The Irish Times und The Independent gearbeitet. Jetzt lebt er als unabhängiger Journalist in Ostafrika und schreibt Artikel für RT, Sputnik, die Strategic Culture Foundation und Press TV.*

(Wir haben den informativen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



## **Selfish US Diktats Could Push Europe to Develop Ties With Russia, China & Iran**

By Finian Cunningham  
May 21, 2018

Russian President Vladimir Putin's cordial reception for German leader Angela Merkel in Sochi last Friday made for a pleasant contrast to the boorish way that Washington is acting towards its European allies.

On a sun-lit day at the Black Sea resort, Putin greeted the German chancellor with smiles and a bouquet of roses. After discussions, the two leaders told reporters about the need for cooperation and dialogue to resolve various international issues, including the Ukraine crisis, conflict in Syria, and the Iran nuclear deal.

Three days before Merkel visited Sochi, the Americans delivered yet another snub to their supposed European allies. US envoy to Ukraine Kurt Volker went to the Kiev-controlled side of the conflict zone in the eastern Donbass region, where he declared American military support for retaking the breakaway self-proclaimed republics of Donetsk and Lugansk.

The envoy also said that President Donald Trump and Defense Secretary James Mattis were "on the same page" concerning the Ukraine policy.

Volker's hardline message was a revelation of Washington's role in the four-year-old Ukraine conflict, which has seen the US-backed Kiev regime launch an offensive on the breakaway republics. The eastern areas declared independence following the illegal overthrow of the Ukraine government by US-backed factions in February 2014. The factions that

came to power characteristically espouse anti-Russian sentiments and Neo-fascist politics, which the ethnic Russian people of Donbass repudiated.

Washington – which made its first delivery of lethal military equipment to Kiev forces last month – is thus standing in direct violation of the Minsk Peace Accords that were negotiated in 2015 under the so-called Normandy Format brokered by Russia, Germany and France.

In Sochi, Merkel and Putin restated the importance of abiding by the Minsk agreement.

Washington is thus audaciously snubbing the Minsk process and its European allies, in particular Germany and France.

Hours before Merkel arrived in Sochi, there was a surge in ceasefire violations along the contact line in Donbass, reportedly committed by the US-backed Kiev forces.

It seems certain that given the recent supply of US weaponry and the American envoy's gung-ho rhetoric about retaking the breakaway republics, the Kiev forces were emboldened to send Merkel a message ahead of her meeting with Putin. The message being: to hell with Minsk and dialogue.

It also seems plausible that the Americans gave the Kiev regime a tacit green light to step up the violence to coincide with Merkel coming to Sochi. Merkel may be talking about dialogue and adhering to the Normandy Format with Russia, but in effect Washington is giving the orders for more aggression.

The upsurge in ceasefire violations is exactly what Moscow warned of if Washington proceeded with supply of Javelin anti-tank missiles.

Putin and Merkel also emphasized ongoing cooperation on the Nord Stream 2 project delivering natural gas to Europe via Germany. The \$11 billion, 1,222km pipeline under the Baltic Sea is estimated to double the gas supply to Germany by 2019. It represents a major joint venture investment by Russia and Germany, as well as other European energy companies.

Another area of cooperation concerns the Iran nuclear accord. Merkel and Putin said Europe and Russia remain committed to the 2015 UN-ratified accord, despite the Trump administration's abrupt withdrawal earlier this month.

Again, Washington has strained transatlantic relations on both counts. While Merkel was in Sochi, Washington reiterated threats that it would impose sanctions on Russia and Germany if they proceed with the Nord Stream 2 project. The US has justified invoking sanctions on "national security grounds" owing to alleged Russian meddling in its 2016 presidential elections, as well as due to the crisis in Ukraine, which Washington blames on Russian interference.

The Trump administration has also warned that European companies and banks could be liable for secondary sanctions if they continue to do business with Iran under the terms of the Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), the formal name for the Iran nuclear deal.

Trump's tearing-up of the JCPOA comes with the US re-imposing sanctions on Iran which were supposed to have been cancelled through the earlier signing of the accord by the

Obama administration. If Trump follows through with threats of secondary sanctions on European firms, it could cost the Europeans billions of dollars' worth of investments and trade.

The intensifying disputes between the US and Europe reach back to several other broken understandings, including the Paris climate accord, which Trump ditched last year, as well as Washington playing hard ball over trade tariffs and financial contributions to NATO military spending.

What seems to be emerging is the US using high-handed tactics to unilaterally push European partners into accepting Washington's strategic priorities. In particular, sanctions are being wielded by the Americans to coerce others into conforming with US economic interests.

The Nord Stream 2 project is a perfect example. The US wants to dislodge Russia as the gas supplier to the vast European energy market. But American gas would cost 20-30 percent more than Russian supplies. In order to warp market forces in its favor, the Americans are using sanctions under dubious pretexts. The upshot is the Europeans will pay more for energy supply, which will have widespread inflationary knock-on impacts.

For the Europeans, recent geopolitical developments represent a harsh learning curve. Following Washington's policy has already cost the Europeans bitterly in terms of the Ukraine crisis and the US-led sanctions on Russia. The biggest loser in terms of exports and jobs is Europe.

That crisis has led a precarious decline in relations between Europe and Russia from the buildup of US-led NATO military forces. If a war were to break out, it would be Europe that would bear the brunt of catastrophe.

What seems clearer than ever is Washington's arrogant disregard for European interests. Threatening sanctions on European businesses over legitimate participation in the Iran nuclear deal and jeopardizing regional security are just two examples of how little Washington actually cares about so-called allies.

Then when Europe's strongest leader, Germany's Merkel, makes a cordial visit to Russia, Washington blatantly delivers a slap to her pronouncements on cooperation and dialogue for finding peace in Ukraine, or on the future of European energy security from working with Moscow.

Europe is learning the hard way that it has much more to gain from developing amicable relations with Russia than from pursuing Washington's self-serving policy of hostility.

That has long been the case, arguably. But what is making the case increasingly palpable and urgent is the way Washington is riding roughshod over Europeans, inflicting economic and material pain on their livelihoods. That harsh experience of Washington's selfish dictates will inevitably drive Europe to asserting more independence and possibly seeking more normal relations with Russia, as well as China, Iran and others.

Some cynics in Western media pooh-poohed Putin's bouquet of flowers to Merkel, snidely saying the Russian leader was condescending. How irrational. What's wrong with showing a little human kindness and respect? American politicians seem to have no idea about that. Giving orders and cynicism is all they seem to know.

*Finian Cunningham (born 1963) has written extensively on international affairs, with articles published in several languages. Originally from Belfast, Northern Ireland, he is a Master's graduate in Agricultural Chemistry and worked as a scientific editor for the Royal Society of Chemistry, Cambridge, England, before pursuing a career in newspaper journalism. For over 20 years he worked as an editor and writer in major news media organizations, including The Mirror, Irish Times and Independent. Now a freelance journalist based in East Africa, his columns appear on RT, Sputnik, Strategic Culture Foundation and Press TV.*

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**